

Herrn

Peter Weiss MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mannheim, den 07.12.2010

78. Sitzung des Bundestages (Tagesordnungspunkte 8a bis 8r)

Sehr geehrter Herr Weiß,

es war eine überaus eindrucksvolle Bundestagssitzung, die wir mit großem Interesse verfolgt haben. Wir haben das getan, obwohl es um ein Paket von Anträgen ging, in dem die Fallgruppe „ehemalige DDR-Flüchtlinge“ nicht enthalten ist.

Wir möchten diese Gelegenheit zum Anlass nehmen, Ihnen für Ihren Redebeitrag zu danken. Sie haben genau die richtigen Worte als Antwort auf den Vorstoß der LINKEN gefunden. Wir stimmen mit Ihnen darin überein, dass die Rentenüberleitung als Ganzes gesehen eine gewaltige Solidarleistung der Bundesrepublik war. Die Rentner des Beitrittsgebietes sind die eigentlichen Gewinner des neu eingeführten Rentenrechts.

Die Fallgruppe „ehemalige DDR-Flüchtlinge“ gehört nicht zur Klientel der LINKEN; die Gründe liegen auf der Hand. Insofern wäre ein entsprechender Antrag von dieser Seite ohnehin nicht zu erwarten gewesen und von dort auch nicht erwünscht.

Zudem gehört die Fallgruppe „ehemalige DDR-Flüchtlinge“ nicht zu den planmäßigen Adressaten der Rentenüberleitung und wäre nicht zuletzt aus diesem Grunde in dem Konvolut der Fallgruppen aus den neuen Bundesländern fehl am Platze gewesen.

Wir haben aber mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass in einigen Redebeiträgen die „ehemaligen DDR-Flüchtlinge“ doch Erwähnung fanden. Die Abgeordneten Anton Schaaf (SPD), Heinrich Kolb (FDP), Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellten Ungerechtigkeiten und einen erheblichen Nachholbedarf fest. Sie mahnten vor dem historisch-politischen Kontext eine längst fällige und angemessene Lösung an.

Wie Sie sicherlich wissen, steht die Sammelpetition zum Thema „ehemalige DDR-Flüchtlinge“, mit einer Beschlussempfehlung versehen, inzwischen auf der Agenda der parlamentarischen Befassung. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Weiß, sich im Rahmen Ihrer Fraktion dafür einzusetzen, dass der Erfolg der Petition nicht an der nach wie vor starren Haltung der Bundesregierung scheitert. Der CDU/CSU – Fraktion fällt in diesem Prozess die alles entscheidende Rolle zu.

Mit freundlichem Gruß,

Jürgen Holdefleiß
(Vorstand IEDF)